

10.39

Bundesrätin Mag. Sandra Gerdenitsch (SPÖ, Burgenland): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher zu Hause! Auch wir von der SPÖ begrüßen die Verlängerung des Schutzes der Frauen und der ungeborenen Kinder bis zum 31.12.2021.

Genau das ist aber der Knackpunkt, es ist wieder einmal zu kurz gegriffen. Der Freistellungsanspruch hat schon am 30. September geendet, was zur Folge hatte, dass die betroffenen Schwangeren mit 1. Oktober ihre Beschäftigung wieder aufnehmen mussten. Und warum? – Wir wissen es: weil Türkis-Grün wieder einmal nicht in der Lage ist, rechtzeitig und vorsorgend zu handeln, weil Türkis-Grün die Menschen im Land einmal mehr egal sind. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Bundesrates **Preineder**.)*

Genau wie bei der Sonderbetreuungszeit ist das wieder einmal sehr kurzsichtig von Ihnen. Das bedeutet Unsicherheit für die betroffenen Frauen, aber auch für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Man könnte sagen, das Risikogruppenchaos feiert fröhliche Urstände. Die Regierung handelt wieder einmal grob fahrlässig. Nach wie vor sind geimpfte Schwangere von der Regelung ausgenommen, aber wir wissen, die Impfung schützt nicht gänzlich vor einer Infektion mit Corona. Schauen Sie sich die Verläufe an! Danach, was uns berichtet wurde, ist das durchaus nicht so, dass das leichte Verläufe sind, sondern die können mitunter sehr schwer sein, und dabei sind dann zwei Menschenleben gefährdet. *(Bundesrat **Spanring**: Interessant! Guten Morgen, liebe SPÖ ... kommt ihr auch schon drauf!)*

Die Pandemie ist noch nicht vorbei, auch wenn Herr Finanzminister Blümel das vor einigen Tagen in der „ZIB 2“ in einem Nebensatz recht flapsig formuliert verkündet hat. Es versteht niemand *(die Bundesräte **Spanring** und **Steiner** sprechen miteinander)* – hören Sie mir bitte zu! – und es kann uns auch keiner erklären, nicht einmal deklarierte Türkiye, mit denen ich spreche, warum man schwangere Frauen nicht generell als Risikogruppe definiert. Jede schwangere Frau, die im Kundinnen- und Kundenkontakt steht, muss geschützt werden. Das muss also auch für den Handel, für die Gastro und für die Produktion gelten. Darauf haben wir von der SPÖ schon im Juni hingewiesen. Das ist ein Déjà-vu für mich. Ich weiß nicht, reden wir jetzt einmal im Quartal darüber? Ich verstehe es nicht!

Jede Schwangere, die sich infiziert, ist eine Schwangere zu viel, meine Damen und Herren! Oder sind Sie da anderer Meinung, meine Herren da rechts? Anstatt die

Menschen in geimpft und nicht geimpft zu spalten, spricht sich die SPÖ sehr klar - -
(*Bundesrat **Steiner**: Wir haben ja nichts gesagt! – Bundesrätin **Steiner-Wieser**:
Damen sind auch dabei!*) – Ihr habt ja nicht getratscht, die Herren da (*in Richtung der
Bundesräte Spanring und Steiner*) haben getratscht, zumindest habe ich nur sie
gesehen. Die Regierung sollte aber (*Bundesrat **Steiner**: Aber Entschuldigung, rechts
sind schon nur wir! – Heiterkeit bei der FPÖ*) – darüber (*erheitert*) können wir nachher
diskutieren – geeignete Anreize schaffen, um mehr Menschen zur Impfung zu
motivieren.

Wie immer an dieser Stelle: Bitte schauen Sie auf das Burgenland, machen Sie es uns
nach und nehmen Sie sich ein Beispiel an Landeshauptmann Hans Peter Doskozil!
(*Zwischenruf der Bundesrätin **Steiner-Wieser**.*) Schauen Sie und lernen Sie! Wir im
Burgenland sind auf einem guten Weg. Wir setzen auf Information und bauen die
niederschwelligen Impfangebote aus. Österreichweit liegen wir bei der Durchimpfungsrate
an der Spitze.

Um die Pandemie zu bekämpfen, bedarf es einer hohen Durchimpfungsrate in der Be-
völkerung, und die Regierung muss alles dafür tun, damit alle Gruppen, für die
Impfstoffe zugelassen und empfohlen sind, auch die Möglichkeit haben, sich rasch
impfen zu lassen. Dafür brauchen wir die erforderliche Infrastruktur.

Ich als Familiensprecherin meiner Fraktion werde heute natürlich die Gelegenheit nut-
zen, die Sorgen, die Probleme, die Wut und die Ohnmacht vieler Familien im Land zu
thematisieren – Gefühle, die diese Familien zu Recht haben, und in meinem Umfeld
kenne ich viele dieser Familien. Und Sie, Herr Minister, kennen Sie auch diese
Familien, diese kleinen Leute? (*Bundesminister **Kocher** nickt.*) – Gut! Oder sind Sie
wirklich so weit weg? – Nein, Sie sagen Nein, aber wir können darüber auch gerne
einmal diskutieren.

Die Familien sind wütend, fassungslos und entsetzt, nämlich darüber, was die türkise
Familie unter Familienpolitik versteht. Wir wissen nur zu gut, wer eigentlich zur türkisen
Familie gehört. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Familien-
politik sprechen, dann geht es uns um die Menschen im Land, um deren Lebenssitua-
tionen und auch darum, diese Lebenssituationen zu verbessern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kurz und Konsorten hat es nie interessiert – und das ist mehr als offensichtlich –, wie
es zum Beispiel einer alleinerziehenden Mutter, die Job und Kind unter einen Hut
bringen muss, geht. (*Bundesrat **Spanring**: Richtig!*) Die Chatverläufe offenbaren, wo
bei den Türkisen die Prioritäten liegen: Statt mehr als 1 Milliarde Euro für den Ausbau
dringend notwendiger ganztägiger Schulformen und der Nachmittagsbetreuung gibt es

den gleichen Betrag an Steuergeschenken für die Konzerne. Ich glaube, das sind allesamt Cousins von Ihrem Herrn Kurz, der aus meiner Sicht nach wie vor noch immer ein Schattenkanzler ist, denn Namen sind bei der ÖVP nur Schall und Rauch.

Sebastian Kurz ging es nie um Österreich und um die Familien im Land, sondern immer nur um sich selbst, er hat sich inszeniert. Er hat verhindert oder verhindert nach wie vor, dass sich die Lebensrealitäten für Kinder und für deren Eltern verbessern. Er hat verhindert, dass Maßnahmen gesetzt wurden, die einen immensen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet hätten, und zwar aus purem Egoismus.

Meine Damen und Herren, nächste Woche begehen wir wieder den Equal-Pay-Day in Österreich. Ich denke, Sie alle wissen, was dieser Equal-Pay-Day markiert: nämlich den Tag, an dem Frauen – statistisch gesehen – gratis bis zum Jahresende arbeiten. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an! Den kleinsten Gap hat Wien, dann kommen schon das Burgenland und Kärnten, also lauter sozialdemokratisch geführte Länder. Niederösterreich schneidet zum Beispiel sehr schlecht ab, Vorarlberg auch. Ich würde Sie bitten, einmal darüber nachzudenken, woran das liegen kann. Im Burgenland liegt es unter anderem auch daran, dass wir schon größtenteils den Mindestlohn von 1 700 Euro netto eingeführt haben, dass wir die pflegenden Angehörigen anstellen und dass wir den Gratiskindergarten eingeführt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wahrscheinlich wissen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen, allen voran der neue Klubobmann Sebastian Kurz, nicht, für wen ein Politiker oder eine Politikerin Politik machen sollte. Ich bin Ihnen da gerne behilflich und werde Ihnen das gleich beantworten, und zwar mit einem Zitat von Hans Peter Doskozil von Anfang Oktober: „Als Spitzenpolitiker kann man sich aus der Gesellschaft nicht ein genehmes Segment herausgreifen. Politik muss für alle da sein.“ – Das schreibe ich Ihnen heute und hier ins Stammbuch. Übernehmen Sie endlich die Verantwortung, die Sie für die Kinder, die Frauen und die Männer in diesem Land haben! – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Bundesrates Steiner.)*

10.45

Vizepräsident Günther Novak: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Andrea Michaela Schartel. Ich erteile ihr das Wort.